Jetzt Aktion 40.000 unterstützen und Langzeitarbeitslosen eine Chance geben

Die Corona-Krise verschärft die Situation auf dem Arbeitsmarkt immer mehr. Die Zahl der Jobsuchenden steigt von Monat zu Monat. Es zeigt sich in der aktuellen Situation ganz deutlich: Der Arbeitsmarkt reguliert sich nicht von selbst. Ende Februar 2021 waren in Österreich 436.982 Personen auf Jobsuche, 146.587 davon schon länger als ein Jahr. Es muss rasch und entschlossen gegen die Rekordarbeitslosigkeit vorgegangen werden. Dafür braucht es gezielte Beschäftigungsprogramme, um Menschen, die länger als ein Jahr trotz aller Bemühungen keinen Job bekommen, Unterstützung und eine ehrliche Chance zu geben.

Analog zur Aktion 20.000, der erfolgreichen Jobinitiative für ältere Langzeitarbeitslose über 50 Jahre, die von der damaligen ÖVP/FPÖ-Regierung in einer Nacht- und Nebelaktion abgedreht wurde, ist es nun höchste Zeit für eine darauf aufbauende Aktion 40.000. Diese soll 40.000 öffentlich finanzierte, neue Arbeitsplätze in öffentlichen Einrichtungen, gemeinnützigen Vereinen und sozialen Unternehmen schaffen. Die Jobs reichen von Hilfstätigkeiten für pflegebedürftige Menschen über organisatorische Unterstützung bei Test- und Impfstraßen bis hin zur Instandhaltung von Grün- und Parkflächen.

Win-Win-Situation für Betroffene und Gemeinden

„Das ist eine Win-Win-Situation für Betroffene und Gemeinden“, sagt FSG-Landesvorsitzender Andreas Stangl. Im ersten Jahr soll es eine volle Finanzierung durch den Staat geben, im zweiten Jahr eine Co-Finanzierung (=Nettokosten für die öffentliche Hand von 260 Millionen Euro). „Die Aktion 40.000 hilft, damit Langzeitarbeitslose nicht zurückgelassen werden und die Corona-Pandemie keine Pandemie der Armut wird“, so Stangl. Die Bürgerinitiative für die Aktion 40.000 kann über die Parlaments-Homepage (www.parlament.gv.at) oder über die Homepage des Nationalratsabgeordneten Josef Muchitsch (www.josef-muchitsch.at) elektronisch unterstützt werden. „Je mehr Unterschriften, desto besser. Die Bundesregierung soll damit aufgefordert werden, die Aktion 40.000 einzuführen“, sagt Stangl.

„Die Bundesregierung darf nicht länger untätig sein und muss die wichtige Aktion 40.000 einführen.“

Andreas Stangl
FSG-Landesvorsitzender

Impressum: Medieninhaberin und Herausgeberin: Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen in der Arbeiterkammer, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz

Regierung gegen Absicherung der gesetzlichen Pensionen in der Verfassung

Die AK Oberösterreich hat im Vorjahr eine parlamentarische Bürgerinitiative zur verfassungsrechtlichen Absicherung unseres bewährten öffentlichen Pensionssystem mit dem Umlageverfahren gestartet und dafür fast 55.000 Unterschriften gesammelt. Das Parlament hat die Bürgerinitiative zwar diskutiert und „zur Kenntnis genommen, eine Weiterbehandlung im Sozialausschuss des Parlaments haben aber die Regierungsparteien ÖVP und Grüne verhindert. SPÖ, FPÖ und Neos waren dafür.

Immer wieder greifen neoliberale Politiker und Lobbyisten das öffentliche Pensionssystem an und wollen es teilweise durch Privatpensionen ersetzen. Erst vor wenigen Tagen hat die Agenda Austria - eine von der Industrie finanzierte Denkfabrik - den unfassbaren Vorschlag gemacht, den ganzen Kapitalstock der „Abfertigung neu“ in die heimischen Pensionskassen zu stecken. Den ArbeitnehmerInnen soll also nicht nur die gesamte Abfertigung gestohlen werden, sie sollen mit dem Geld auch noch die Privatisierung ihrer Pensionen finanzieren müssen.

Um solch finsteren Plänen einen Riegel vorzuschieben, haben wir im Vorjahr unsere parlamentarische Bürgerinitiative zur verfassungsrechtlichen Verankerung des einzig sicheren, nämlich des gesetzlichen Pensionssystems nach dem Umlageverfahren gestartet und dafür fast 55.000 Unterschriften gesammelt.

Ende Oktober hat das Parlament unser Anliegen behandelt und „zur Kenntnis genommen“ Eine Weiterbehandlung im Sozialausschuss des Parlaments haben die Regierungsparteien ÖVP und Grüne mit ihrer Stimmenmehrheit abgelehnt. Alle anderen Fraktionen, also auch die FPÖ und selbst die Neos haben dafür gestimmt. Dass ist durchaus ein Erfolg, der zeigt, was möglich ist, wenn es wieder andere parlamentarische Mehrheiten gibt.

Starkes Zeichen gegen Privatisierung der Pensionen

Auch wenn der parlamentarische Weg für die Bürgerinitiative damit vorläufig ans Ende gelangt ist, haben wir damit ein starkes Zeichen gesetzt. Es ist uns gelungen, Bewusstsein für die nötige Absicherung unseres Pensionssystems zu schaffen und wir werden das Thema selbstverständlich weiterverfolgen. Und wenn wir eine Chance auf Umsetzung sehen, werden wir erneut Druck machen und noch mehr Menschen mobilisieren, um unser Ziel zu erreichen. ■

„Die Versuche, unsere Pensionen zu privatisieren, hören nicht auf. Wir müssen weiter für unser gutes öffentliches Pensionssystem kämpfen.“

Andreas Stangl
FSG-Landesvorsitzender

Impressum: Medieninhaberin und Herausgeberin: Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen in der Arbeiterkammer, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz